

Bewerbung für den Landesvorstand die LINKE NRW

Ingrid Jost

(Diplom-Pädagogin / Familientherapeutin /
Fremdsprachenkauffrau Wirtschaftsenglisch)



Die Menschen merken es in ihrem Alltag, im Landtag in NRW fehlen linke Positionen. Der Frauenanteil liegt gerade einmal bei 27,6 %. Der LINKEN in NRW ist es zwar gelungen, in den letzten zwei Jahren deutliche linke Akzente zu setzen und mehr Druck zu erzeugen, nicht aber die politische Entwicklung umzukehren. Deshalb lasst uns noch intensiver an der Seite der Menschen für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen kämpfen und das neue Polizeigesetz verhindern.

Die aktuelle Wohnungspolitik mit der unwirksamen Mietpreisbremse hat dazu geführt, dass Wohnen immer teurer wird. Über 25.000 Menschen in NRW hatten Ende 2017 kein Dach über dem Kopf. Die notwendigen Sozialwohnungen wurden nicht in ausreichender Zahl gebaut. In der Sozialberatung, die ich seit vielen Jahren durchführe, gab es so manchen Fall, bei dem ich helfen konnte, das Dach über dem Kopf für die Betroffenen zu sichern. Hilfe in Einzelfällen wird jedoch nicht ausreichen. Deshalb hat die LINKE eine Kampagne beschlossen, um die Situation grundlegend zu verbessern. Hier werde ich mich, wie bisher, mit schriftlichen Positionen und im Kampf auf der Straße einbringen.

Den Grundschulen gelingt es in der Regel nicht, herkunftsbedingte Unterschiede auszugleichen. Hier gilt es, unsere richtige Forderung nach einer Schule für alle durchzusetzen mit den entsprechenden Rahmenbedingungen, damit jedes Kind tatsächlich eine Chance erhält, sich optimal zu entwickeln. Dazu gehört auch die Qualität der Betreuung nach der Schule im offenen Ganzttag, die kommunal sehr unterschiedlich geregelt wird. Im OGS werden sogar von Geringverdienenden und Hartz-IV-Haushalten Beiträge erhoben, statt wie von uns gefordert, das Kindergeld anrechnungsfrei zu stellen.

46.000 Hartz-IV-Beziehende mit Kindern wurden im Jahr 2017 die Leistungen gekürzt, darunter über 14.000 Alleinerziehenden. 2.800 Betroffene mit Kindern wurden voll sanktioniert. 2,9 % der Singles in Hartz-IV-Bezug arbeiten Vollzeit mit Armutsgarantie im Rentenalter. Sanktionen müssen abgeschafft und der gesetzliche Mindestlohn muss endlich auf eine Höhe angehoben werden, die tatsächlich vor Armut im Alter schützt.

Neben der Abschaffung von Niedriglohn und prekärer Beschäftigung wird es höchste Zeit, dass der ungleichen Bezahlung von Frauen endlich ein Ende gesetzt wird und zwar mit einem gesetzlichen Verbot, wie es z. B. seit Anfang des Jahres in Island in Kraft ist.

Die Themen Freihandelsabkommen und Digitalisierung bergen Gefahren für Millionen von Beschäftigten. Die LINKE sollte stärker als bisher versuchen, ihre Alternativen aufzuzeigen.

In diesen Politikfeldern will und werde ich mich weiterhin konsequent engagieren und das effektiv. Dafür, liebe Genossinnen und Genossen, bitte ich um Euer Votum.